

# Die „Agrarwende“-Debatte

## Soziale Stimmungslagen in der Landwirtschaft

von Clemens Dirscherl

*Die soziale Stimmungslage in der Landwirtschaft hat sich durch die BSE-Krise und eine Reihe von Futter- und Lebensmittelskandalen erheblich verändert. Die veröffentlichte Meinung, insbesondere aber eine Reihe agrarpolitischer Maßnahmen haben entscheidend zu diesem Veränderungsprozess beigetragen. Der folgende Beitrag zeigt, dass eine einseitig ökonomische oder ökologische Ausrichtung der deutschen Agrarpolitik nicht dazu angetan ist, eine auch unter sozialen Aspekten nachhaltige Landwirtschaft zu etablieren. Erforderlich ist auch eine gesamtgesellschaftliche Verbraucherwende bezogen auf das Einkaufs- und Ernährungsverhalten.*

Seit der BSE-Krise und einer Reihe von Futter- und Lebensmittelskandalen ist die Landwirtschaft verstärkt ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit geraten. Tatsächlich tritt sie in bislang unbekanntem Ausmaß quantitativ in der Medienberichterstattung hervor. Gleichzeitig entsprechen Recherche, Auswahl, Aufbereitung, Präsentation und Kommentierung der landwirtschaftlichen Thematiken nicht immer ganz den Anforderungen journalistischer Sorgfaltspflicht. Insbesondere im Zuge der BSE-Berichterstattung konnte man oftmals einen würdelosen Umgang einzelner Medienvertreter mit betroffenen landwirtschaftlichen Familien erleben: die Angabe von Familiennamen und Ort des Hofes schon bei ersten Verdachtsmomenten eines BSE-Falles, die skrupellose Offenlegung emotionaler Empfind- und Befindlichkeiten von Bäuerinnen und Bauern, deren Betriebe gesperrt wurden, das schonungslose Ins-Bild-Nehmen von zur Abschachtung geführten Viehbeständen, all das nimmt die landwirtschaftliche Bevölkerung emotional mit, weil sie sich schuldlos ins grelle Licht der Öffentlichkeit gezerrt fühlt, um die voyeuristischen Bedürfnisse einer sensationsgierigen Gesellschaft zu befriedigen. Eine für die Landwirtschaft neue Erfahrung, die es über Jahrzehnte gewohnt war, außerhalb des öffentlichen Interesses ihrer Arbeit nachzugehen. Die durch die BSE-Krise ausgelösten Diskussionen um eine „Agrar-

wende“ führen daher zu einem erheblichen Veränderungsprozess sozialer Stimmungslagen innerhalb der Landwirtschaft.

### Polarisierungen

Mit Verwunderung verfolgt man in der Landwirtschaft den politischen Aktionismus, der durch die BSE-Krise ausgelöst wurde: Minister traten zurück, neue Stabsstellen wurden geschaffen, und die etablierte Agrarpolitik – seit Jahrzehnten eher am Rande immer mal wieder kritisch, aber umso folgenloser hinterfragt – wurde über Nacht grundsätzlich in Frage gestellt, als ob erst die an BSE erkrankten Rinder und ihre damit in Sippenhaft mitgeschlachteten Artgenossen die Misere einer jahrzehntelang verfehlten Agrarpolitik aufgezeigt hätten. Keiner aus der Agrarszene war auf die öffentliche BSE-Hysterie und die ihr folgenden Debatten über die Neugestaltung der Agrarpolitik vorbereitet.

Den Anfang dabei machte die personelle Neubesetzung des Agrarressorts in der Bundesregierung. Kein altgedienter Agrarfunktionär, sondern eine junge, forsche Politikerin der GRÜNEN wurde neue Landwirtschaftsministerin – ein bis dato in der deutschen Agrargeschichte einmaliger Vorgang. Was im ersten Moment als Verlegenheits-

lösung anmutete, erwies sich für die rot-grüne Bundesregierung in kürzester Zeit als politischer Glücksfall. Die neue Agrarministerin Renate Künast zeigte in der Auseinandersetzung mit der traditionellen Agrarlobby Engagement, Biss und Unterhaltungswert.

Nicht nur der landwirtschaftliche Berufsstand, sondern auch der größte Teil der landwirtschaftlichen Familien empfindet sich in der gesellschaftlichen und politischen Defensive. Symbolisch spiegelt sich dies für die Landwirtschaft in der Umbenennung des zuständigen Ministeriums in „Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft“ wider, womit der gesamte Agrarsektor dem Verbraucherschutz untergeordnet wurde. Zusätzlich erlebt die Mehrzahl der Landwirte die zahlreichen Verlautbarungen in der öffentlichen Auseinandersetzung, in denen undifferenziert und pauschal die bisherige Form der landwirtschaftlichen Produktionsweise disqualifiziert wurde, als Anklage des landwirtschaftlichen Berufsstandes. Tatsächlich werden Polarisierungen zwischen *Klasse* und *Masse* der Agrarproduktion, zwischen *Agrarfabriken* und *Bauernhöfen* sowie *konventionellen* und *ökologischen* Landbauformen vorgenommen. Im Zuge solch öffentlichen Palavers über die Landwirtschaft will auch der Bundeskanzler nicht außen vor stehen. So forderte er einen Öko-Kurs für die Landwirtschaft, sprach von „Agrarfabriken mit industrieller Massentierhaltung“, womit unterschwellig gepflegte Vorurteile und Stereotypen über „die Landwirtschaft“ neu belebt wurden. Damit wurden nach Jahren des erfolgreichen Dialoges zwischen Umwelt-, Natur-, Tierschutz sowie Verbraucherverbänden einerseits und Landwirtschaft andererseits Gräben wieder neu aufgerissen, statt angesichts der anstehenden gesamtgesellschaftlichen Herausforderung mit einer Neuorientierung der Agrarpolitik diese zu überwinden.

Hatte man als Landwirt all die Jahre nur schlechte Qualität, ja Ramschware in „Massenfertigung“ produziert? Das trifft ins Mark des bäuerlichen Selbstbewusstseins, wo man doch eine traditionelle Berufsehre hegt: rechtschaffen, ordentlich und solide seine Arbeit zu verrichten pflegt. Auch die im Zuge der BSE-Krise losgetretene Debatte um einzelne Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft wird von der bäuerlichen Bevölkerung als Frontalangriff auf die Berufsidentität wahrgenommen. Die Forderung nach Verbraucherschutz, Tierschutz, Umwelt- und Naturschutz, Artenschutz, Wasserschutz, Klimaschutz lässt die Bäuerinnen und Bauern als „Sündenböcke“ einer verfehlten Agrarpolitik erscheinen. Denn wo etwas

geschützt werden muss, gibt es potentielle Feinde, die das zu Schützende bedrohen. So erleben sich die Landwirte in der öffentlichen Debatte allzu schnell als das Grundübel aller Probleme rund um die Landwirtschaft, so dass sie sich ohnmächtig fragen: „Und wer schützt uns, die bäuerlichen Familien?“

### Alles Öko – oder was?

Die Polarisierung in der öffentlichen Agrardebatte wird insbesondere zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft deutlich wahrgenommen. Jahrzehntlang hatte die ökologische Landwirtschaft ein Schattendasein geführt: unbedeutend an Marktvolumen, als „unverbesserliche Idealisten“ im Agrarsektor belächelt. Der Stimmungswechsel in der öffentlichen Meinung zugunsten einer Agrarwende stößt daher bei den Ökobauern auf offensichtliche Genugtuung. Endlich wird ihre Sonderstellung in der Landwirtschaft (auch) politisch anerkannt, werden die Vorzüge ihrer Produktionsweise gesellschaftlich gepriesen. Die Vertreter der Ökoverbände sind nicht nur in den TV-Studios willkommene Gäste, sondern ebenso sehr im neuen Verbraucherministerium umworbene Bündnispartner der Agrarwende. Nach Monaten der BSE-Hysterie und immer neu vermeldeten Lebensmittelskandalen sehnt sich die Öffentlichkeit nach einer ebenso schnellen wie umfassenden Problemlösung. So komplex und weit das Feld der Agrarpolitik ist, so einfach scheint die Lösung, welche politisch präsentiert wird: Die ökologische Landwirtschaft verheißt die Rettung, so dass als Zielmarge 20 Prozent Ökolandbau bis 2010 in Deutschland von der Agrarpolitik ausgegeben wird.

Bei einem Anteil von nicht einmal fünf Prozent Ökobauern ist dies zunächst ein Kompliment für die ökologische Landwirtschaft unter dem Motto „Klein aber Fein“, die breite Mehrheit der Landwirtschaft empfindet sich jedoch als stigmatisiert, vernahm man doch eine deutliche Trennlinie der agrarpolitischen *correctness* zwischen „guten Ökobauern“ und „schlechten Normalbauern“. Obwohl sich realpolitisch im finanziellen Fördervolumen für den Ökolandbau nur geringfügige Verbesserungen ergeben haben – und haushaltspolitisch auch in kürzester Zeit gar nicht anders ergeben konnten – ist die gesellschaftliche Wahrnehmung davon geprägt, dass mit Öko nunmehr ein Ruck durch die Agrarpolitik ginge. Davon sind stimmungsmäßig auch die Mehrzahl der bäuerlichen

Familien betroffen, welche milliardenschwere Umschichtungen zugunsten des ökologischen Landbaus als Zeichen der *Agrarwende* mutmaßen. Zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft tut sich ein Riss auf.

Aber auch viele Ökobauern konnten dem „Agrarwende-Fieber“ nur zeitlich befristet Positives abgewinnen. Sie warten vergeblich auf die öffentliche und politisch immer wieder beschworene stabile Nachfragerwelle nach Ökowaren und einen damit verbundenen Anstieg ihrer Erzeugerpreise. Das Gegenteil zeichnet sich ab: allmählich macht sich auch in der Ökolandwirtschaft verstärkt der Frust breit. Zudem verunsichert die Diskussion um das Bio-Siegel die deutschen Ökobauern, empfinden sie doch die Richtlinien des EU-Siegels als Aufweichung der höheren deutschen Standards und befürchten sie eine Zunahme der Konkurrenz aus dem europäischen Ausland.

Da die Ernährungsindustrie und der Lebensmittelhandel vom positiven Image der Agrarwende und des Ökobooms profitieren wollen, setzt ein betrieblicher Strukturwandel auch für die Ökolandwirtschaft ein: Zusammenfassung größerer Angebotsmengen, standardisierte Aufbereitungen, wodurch auch in der ökologischen Landwirtschaft der Ruf nach Spezialisierung, Arbeitsteilung und Konzentration im Rahmen vertikaler Verbundketten ertönt. Insbesondere die kleineren süddeutschen Ökobauern sehen darin „Verrat“ am Grundverständnis einer alternativen Landwirtschaft – umso mehr, als sich größere spezialisierte Ökobetriebe gerade auch als Nachfolgeunternehmen ehemaliger LPGs in den neuen Bundesländern zu etablieren scheinen.

### Nationale Alleingänge

Trotz einer einheitlichen EU-Agrarpolitik hat die deutsche Landwirtschaft schon immer die Auffassung vertreten, sie sei im Vergleich zu ihrer Konkurrenz besonders benachteiligt. Die Debatte um die Agrarwende heizt diese Wahrnehmung erneut an. Die grüne Ministerin wolle eine Agrarwende im nationalen Alleingang inszenieren, vernachlässige dabei die Wettbewerbsnachteile, welche sich für die deutsche Landwirtschaft auf den europäischen Agrarmärkten ergäben, und setze somit die eigenen Bauern schutzlos der europäischen Konkurrenz aus. Tatsächlich demonstriert die rot-grüne Bundesregierung ihre Bereitschaft, von der Agrarwende nicht nur zu reden, sondern sie auch in politischer Umsetzung zu realisieren, wie eine Reihe gesetz-

geberischer Maßnahmen bewies. So überzeugend sich diese Initiativen aus tierethischer und umweltpolitischer Sicht darstellen lassen, so feindselig werden sie von der Mehrheit der Landwirtschaft aufgenommen. Ökonomische Wettbewerbsverzerrung sehen die einen darin, reine politische Schikane einer grünen Agrarministerin gegenüber der ungeliebten konventionellen Landwirtschaft die anderen. Tatsächlich gingen einzelne Vorschriften für die Landwirtschaft über EU-Standards hinaus. Angesichts solch eklatanter Missverhältnisse aufgrund fehlender europaweiter Harmonisierung von Rechtsverordnungen empfinden sich die deutschen Bauern von der rot-grünen Bundesregierung nicht nur im Stich gelassen, sondern sogar geradezu diskriminiert. Die klassischen Spannungsfelder der Agrarpolitik treten (wieder) offen zutage:

- einerseits die propagierte nationale Vorreiterrolle im Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz, andererseits die knallharte Realität des europäischen Agrarmarktes;
- einerseits die propagierte Umstellung auf Ökolandbau, andererseits die fehlende Marktnachfrage;
- einerseits die propagierte Orientierung der Regionalvermarktung, andererseits der fortschreitende internationale Konzentrationsprozess in Ernährungsindustrie und Lebensmittelhandel.

### Soziale Nachhaltigkeit: Fehlanzeige

War die deutsche Agrarpolitik jahrzehntelang von einer einseitigen ökonomischen Sichtweise bestimmt, welche das betriebliche Wachstum als alleinige Zielvorgabe zur Grundlage hatte, so setzt die Agrarwende die politischen Akzente eindeutig Richtung Ökologie. Auf solche Einseitigkeit waren weder bäuerliche Familien noch der Berufsstand vorbereitet. Angst um die betriebliche Zukunft und die Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Familie macht sich breit. Die Agrarwende offenbart aus Sicht der Landwirtschaft soziale Kälte und fehlende Sensibilität für die reale Lebens- und Arbeitswelt der Menschen in der Landwirtschaft. Man fühlt sich mit ökologischen Forderungen konfrontiert, welche gar nicht auf ihre praktischen Umsetzungsmöglichkeiten für die Höfe überprüft werden. „Vom grünen Tisch aus“ – so empfindet man die Ausrichtung der neuen Agrarpolitik, ideologisch bevormundend und bürokratisch gängelnd.

Als unsozial nimmt ein Großteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Politik der Agrarwende auch wahr, weil man sich über die tatsächlichen Zukunftsprobleme der real existierenden Menschen in der Landwirtschaft politisch keine Gedanken zu machen scheint. Fragen der Hofnachfolge, die unerträglich anwachsende Arbeitsbelastung, die Überforderung, oftmals widersprüchliche gesellschaftliche Erwartungen erfüllen zu müssen, die klaffende Einkommensschere zur übrigen Bevölkerung, die fehlende Freizeit, die Zunahme innerfamiliärer Spannungen – vor diesem Hintergrund empfand man die politische Parole der Agrarwende zu mehr Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz als Hohn gegenüber der Arbeits- und Lebenswelt von bäuerlichen Familien. Wenn dann noch „mehr Mut für Marktnischen“, „mehr Phantasie für Dienstleistung im ländlichen Raum“ oder mehr „Offenheit für den Dialog mit den Verbrauchern“ bei öffentlichen Auftritten rotgrüner Agrarpolitiker von der Landwirtschaft gefordert werden, dann hört selbst die Geduld der ansonsten sehr umgänglichen, verträglichen und belastbaren Landfrauen auf, wie die Protestkundgebungen gegenüber Ministerin Künast beim Deutschen Landfrauentag in Münster 2001 belegen. Als mithelfende Bäuerin, erziehende Mutter, hausaltsführende Familienfrau, vielleicht auch noch mit einem pflegebedürftigen Altenteiler belastet, empfindet man solche Empfehlungen, garniert mit unverhohlener Kritik an der bisherigen Landwirtschaft nur noch als zynisch. Die dritte Ecke der Nachhaltigkeit, die soziale Komponente, scheint in der Agrarwende genauso aus dem Blickfeld geraten zu sein wie in der bisherigen Agrarpolitik.

### **Fehlende Partizipation**

Aus der sozialwissenschaftlichen Innovations- und Implementationsforschung ist bekannt, dass ohne die Einbindung der Betroffenen, welche Träger der Neuerung sein sollen, alle strategischen Bemühungen, Veränderungen zu bewirken, ausgebremst, ja sogar blockiert werden. Ein basisorientierter, emphatischer Ansatz ist demnach erforderlich.

Alleine die politisch inszenierte aber auch situativ ausgetragene Emotionalisierung zwischen der rot-grünen Agrarpolitik und dem landwirtschaftlichen Berufsstand zeigt, dass ein solcher partizipatorischer Ansatz bei der Agrarwende fehlt. Die Menschen in der Landwirtschaft fühlen sich mehrheitlich in Folge der BSE-Krise und der kumulierten landwirtschaftlichen Sensationsbericht-

erstattung ohnmächtig und von der Debatte über eine Agrarwende überrollt. Sie vermissen eine grundsätzliche Solidarisierung mit der Landwirtschaft in dieser Phase existentieller Bedrohung. Die in der Folge ausgelösten agrarpolitischen Diskussionen über die Zukunft der Landwirtschaft führen zudem zu allgemeiner Verunsicherung auf den Höfen. Öffentlich zeigt sich die neue Agrarministerin sensibel und gesprächsbereit, vor allem bei Verbraucherthemen, worin die Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern eine politische Strategie wittert.

Analog zum entwicklungspolitischen Dilemma zwischen Entwicklungsexperten und Einheimischen nimmt man sich selbst in der Landwirtschaft wahr: als kleine Bauern, denen die grünen Agrarexperten, welche wissen, wo es lang geht, mit einem technischen Ansatz, nämlich „Öko“, den Weg weisen wollen und dazu ein ganzes Maßnahmenbündel anbieten bzw. sogar überstülpen.

### **Keine Agrarwende ohne Verbraucherwende**

Angst um die betriebliche Zukunft und die Existenz der landwirtschaftlichen Familien macht sich breit. Man sucht verstärkt den Zusammenschluss in der Landwirtschaft, rückt im Berufsstand enger zusammen. Wo bäuerliche Solidarität nicht mehr selbstverständlich schien, wird sie jetzt wieder gefordert und vordergründig auch eingeübt. Selbst dem Bauernverband kritisch gegenüberstehende Landwirte vergessen in solch unsicheren und stürmischen Zeiten der Debatten um eine Agrarwende ihre Vorbehalte. Erfolgreich konnte zumindest vorübergehend auch von den Interessensdifferenzen innerhalb der Landwirtschaft abgelenkt und eine neue Geschlossenheit erreicht werden. Wie lange, bleibt abzuwarten.

Verwundert registriert man bei der bäuerlichen Bevölkerung, dass die Ansätze zu mehr Verbraucherschutz sich ausschließlich an die Landwirtschaft richten. „Transparenz von der Stalltür bis zur Ladentheke“ heißt die Devise. Wobei der gesamte vorgelagerte Bereich zunächst ausgeblendet bleibt: Futtermittelindustrie, Agrarchemie, Agrarforschung, landwirtschaftliches Ausbildungs- und Fortbildungswesen und die vielen anderen mit der Landwirtschaft verbundenen Sektoren.

Für die Landwirtschaft stellt sich die Frage, ob eine Agrarwende in der Politik und auf den Höfen ohne eine gesamtgesellschaftliche *Verbraucherwende* im Einzelhaushalt durch das Einkaufs- und

Ernährungsverhalten bis hin zur gesamten Agrarwirtschaft aus Lebensmittelindustrie und Lebensmittelhandel überhaupt realisierbar sei. Schließlich herrscht Unmut darüber, dass bei allem Wohlwollen für ein grundsätzliches Umstellen in Richtung mehr Naturnähe, mehr Extensivierung, mehr Regionalvermarktung und mehr Dienstleistung die existentiellen Unsicherheiten für solche „Wendemanöver“ – in einer ansonsten gänzlich arbeitsteiligen, hoch spezialisierten und in internationale Marktbeziehungen eingebundenen Industriegesellschaft – beim einzelnen Landwirtschaftsbetrieb hängen bleiben mit allen unternehmerischen Risiken und steigender Arbeitsbelastung. Wer soll hierfür die Verantwortung tragen: nur die Landwirte oder auch die Gesellschaft? Somit verbleibt bei einem Großteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung für die Agrarwende wenig Begeisterung. Im Gegenteil: Sie löst Debatten, ja sogar Ängste aus, fühlt man sich doch als zahlenmäßig kleine Berufs-

gruppe nicht nur gesellschaftlich marginalisiert, sondern sogar für gesamtgesellschaftliche Leitbilder verantwortlich gemacht, in denen die Landwirtschaft als Projektionsfläche für agrarromantische Verklärungen einer industriell-urbanen Bevölkerung erhalten muss.

### **Autor**

Dr. Clemens Dirscherl, Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg und Bundesvorsitzender der Kirchlichen Dienste auf dem Lande in der EKD.

Evangelisches Bauernwerk in Württemberg e.V.  
74638 Waldenburg-Hohebuch  
Telefon: 0 79 42 / 107 70  
Fax: 0 79 42 / 107 77  
E-Mail: C.Dirscherl@ebw.imosnet.de